

An das  
Bundesministerium für  
Arbeit, Soziales und  
Konsumentenschutz  
im H a u s e

Name/Durchwahl:  
MR Mag. Wolfgang Köpl / 2054  
Geschäftszahl:  
BMWfJ-15.000/0002-Pers/6/2013  
Ihre Zahl/Ihre Nachricht vom:

Antwortschreiben bitte unter Anführung  
der Geschäftszahl an die E-Mail-Adresse  
[post@pers6.bmwfj.gv.at](mailto:post@pers6.bmwfj.gv.at) richten.

**BMASK; Thema Bildungskarenz; Arbeitsvertragsrechts-  
Anpassungsgesetz, Betriebliches Mitarbeiter- und  
Selbständigenvorsorgegesetz, Landarbeitsgesetz 1984, Arbeitslosenver-  
sicherungsgesetz 1977, Arbeitsmarktservicegesetz,  
Arbeitsmarktpolitik-Finanzierungsgesetz, Allgemeines Sozialversiche-  
rungsgesetz, Ausländerbeschäftigungsgesetz; Änderungen. Ressortstel-  
lungnahme**

Das Bundesministerium für Wirtschaft, Familie und Jugend teilt zu den Entwürfen  
gemäß Gegenstand Folgendes mit:

### **I. Zu Artikel 4 (Änderung des Arbeitslosenversicherungsgesetzes 1977):**

#### 1) Zu Z 3 (§ 16 Abs. 1 lit. j):

Aus Gleichbehandlungsgründen muss ein Ruhen des Arbeitslosengeldes auch bei  
Bezug von Bildungsteilzeitgeld vorgesehen werden. Daher ist es für das BMWfJ  
nicht nachvollziehbar, dass bei Lösung des Dienstverhältnisses durch den Arbeit-  
geber ein paralleler Bezug von Bildungsteilzeitgeld und Arbeitslosengelt (bzw.  
Notstandshilfe) in Betracht kommen soll.

Es wird daher um entsprechende legistische Korrektur im Entwurfstext sowie in  
den Erläuterungen ersucht.



2) Zu Z 5 (§ 26a Abs. 2):

Aus dieser Regelung geht nicht verständlich hervor, ob das Bildungsteilzeitgeld in Höhe von 0,76 € für jede volle Arbeitsstunde, um die die wöchentliche Normalarbeitszeit verringert wird, oder täglich gebührt. Diese Bestimmung sollte zur besseren Nachvollziehbarkeit geändert werden.

3) Zu Z 10 (§ 41 Abs. 1):

Angemerkt wird, dass die Regelung der Wochengeldberechnung bei Bezug von Bildungsteilzeitgeld fehlt. Die allgemeine Bestimmung, wonach die Höhe des Wochengeldes 180 % der Leistung beträgt, ist hier sachlich nicht gerechtfertigt. Aus Gleichbehandlungsgründen sollte an dieser Stelle dieselbe Regelung wie beim Weiterbildungsgeld geschaffen werden, wonach sich die Höhe des Wochengeldes an dem dem Leistungsbezug vorangegangenen Arbeitsverdienst orientiert.

In diesem Zusammenhang ist auch auf die Erläuterungen § 21 Abs. 1 hinzuweisen. Darin wird ebenfalls betont, dass auf Zeiten, in denen Bildungsteilzeitgeld bezogen wird, für die Bemessung des Arbeitslosengeldes nicht zurückgegriffen werden soll, da aufgrund des Bezugs von Bildungsteilzeitgeld die Jahresbeitragsgrundlagen niedriger als sonst heranzuziehende Beitragsgrundlagen sind. Somit sollen etwaige Nachteile vermieden werden.

U.e. wird mitgeteilt, dass die gegenständliche Ressortstellungnahme dem Präsidium des Nationalrates zur gefälligen Kenntnissnahme übermittelt wurde.

Mit freundlichen Grüßen  
Wien, am 03.01.2013  
Für den Bundesminister:  
i.V. Mag.iur. Wolfgang Köpl

